

# „Nordwestbahn schließen“ HA: Dily 28.02.2012

## Interessengemeinschaft Fluglärm kritisiert Stadt Hanau – OB Kaminsky wehrt sich

**Main-Kinzig-Kreis (pm/rb).** Die Interessengemeinschaft Fluglärm Hanau-Kinzigal (IGF) hat in einer Pressemitteilung Stellung zum neuen Gutachten des Main-Kinzig-Kreises genommen. Das Papier über alternative Anflugverfahren bestätige die Kritik der Fluglärmgegner an Fraport und DFS. Gleichzeitig warf die Initiative der Stadt Hanau vor, sich in der Fluglärmthematik zu lange passiv verhalten zu haben.

Die IGF unterstütze die Schlussfolgerung aus dem Gutachten und fordere genauso wie die Stadt Hanau und der Main-Kinzig-Kreis auch eine (deutliche) Anhebung der Anflughöhe. Die IGF weist interessierte Bürger auf die Informationsveranstaltung am morgigen Mittwoch im CPH Hanau (Beginn 19 Uhr), hin. Dort wird die Stadt Hanau über das Gutachten berichten, wie das bereits auch in Gelnhausen erfolgt sei. Die IGF lobte die Kreispolitik wegen der aktiven Teilnahme von allen drei Hauptamtlichen der Kreisverwaltung an den Montagsdemos der Bürgerinitiativen und wegen der Erstellung des Gutachtens. Die mögliche Anhebung der Anflüge und die Änderung der Flugrouten werde aber nur östlich von Hanau auch eine deutliche und nachhaltige Lärmreduzierung ermöglichen – sofern die Vorschläge überhaupt realisiert werden.

Im westlichen Kreisgebiet beziehungsweise

in der Region Hanau werde die Lärmreduzierung nicht ausreichen, um den zusätzlichen Lärm der geplanten zusätzlichen Flugbewegungen um rund die Hälfte (von 480 000 Flügen auf mehr als 700 000 Flüge) zu kompensieren. Deshalb fordert die IGF ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr, eine Deckelung der Flugbewegungen auf 380 000 Flüge und die Schließung der Nordwestbahn. Die Bürgerinitiativen seien sich einig, dass die Grenze der Belastbarkeit für die Menschen in Flughafennähe überschritten sei. Hanau könnte unter einem Lärmteppich begraben werden.

Wenn Hanaus Oberbürgermeister Claus Kaminsky jetzt die Bürger zu stärkeren Protesten gegen den Fluglärm aufruft und das Nachtflugverbot als unabdingbar bezeichne, dann müsse die IGF darauf hinweisen, dass die Bürgerinitiativen in Hanau und im Kinzigal schon vor zehn Jahren vorhergesagt hätten, was auf die Region zukomme. Deshalb fordere die IGF die Stadt Hanau auf, mehr gegen den Fluglärm zu unternehmen. Kaminsky könnte sich dem guten Beispiel anderer Bürgermeister und Landräte anschließen und persönlich an einer Montagsdemo teilnehmen. Und er könnte sich in seiner Partei dafür einsetzen, dass sich die SPD in Hessen und im Kreis endlich gegen den Flughafenausbau beziehungsweise den zunehmenden Flugverkehr ausspreche.

Der Vorsitzende der IGF, Eric Ludwig, er-

klärte: „Hanau hat sich bei der Änderung der Flugrouten im Frühjahr 2011, bei den Nachtflügen und beim Flughafenausbau sehr zurückgehalten. Die Zusammenarbeit mit anderen stark betroffenen Städten (zum Beispiel Offenbach) war zu gering. Seit dem letztem Jahr ist klar, dass der Flughafenausbau mehr Lärm bringen wird als ursprünglich angekündigt wurde. Die von SPD und Grünen geführte Stadtregierung in Hanau blieb trotzdem zurückhaltend.“

Hanau Oberbürgermeister Claus Kaminsky bezeichnete die Vorwürfe hingegen als „ungerechtfertigt“. Die Stadt Hanau sei in der Vergangenheit geradezu „gebetsmühenhaft“ für ein Nachtflugverbot auf dem Frankfurter Flughafen eingetreten. Zudem verwies Kaminsky auf eine Klage aus dem Jahr 2000, die die Stadt seinerzeit mit dem Kreis Main-Kinzig gegen den Fluglärm geführt hatte. Der Oberbürgermeister wittert hinter den Angriffen der IGF parteipolitische Interessen, weil der Vorsitzende der Interessengemeinschaft für die „Die Linke“ im Ortsbeirat Innenstadt sitze. Kaminsky forderte Eric Ludwig auf, sich nicht hinter der IGF zu verstecken. Wer sich ein eigenes Bild machen wolle, wie sich Hanau gegen den Fluglärm engagiere, für den sei die Teilnahme an der Bürgerinformation am Mittwoch im CPH Hanau eine „Pflichtveranstaltung“.

▷ [www.igfluglaerm.de](http://www.igfluglaerm.de)